

# UNION

*in Deutschland*

INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

POSTVERLAGSORT BONN

BONN · 26. NOV. 1959

NR. 47 · 13. JAHRGANG

## Krankenversicherungs-Reform

**Der Gesetzentwurf der Bundesregierung: Wirksame Hilfe für den, der Hilfe braucht**

Die Bundesregierung hat durch die Verabschiedung ihres Gesetzentwurfes die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung eingeleitet. Diese Neuordnung war in der Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957 angekündigt worden, in der es hieß, daß der Gedanke der Selbsthilfe und der privaten Initiative in jeder Weise zu fördern und das Abgleiten in einen totalen Versorgungsstaat zu verhindern sei. Dieser Gesetzentwurf steht unter dem Grundsatz, demjenigen wirksam zu helfen, der die Hilfe der Gemeinschaft benötigt.

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Theodor Blank, hat den Grundsatz der Selbstverantwortung, die Überzeugung, „daß der Mensch nach dem Willen der Schöpfungsordnung nur in der Freiheit seine letzte Bestimmung erfüllen kann“, mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Was wir brauchen, ist ... eine Sozialpolitik, die, ohne Bewährtes grundlos aufzugeben, doch den freien, mündigen Menschen unserer Tage unter den ökonomischen Bedingungen respektiert, die ihm heute zur Verfügung stehen.“

Auf diesen Erkenntnissen beruht der Regierungsentwurf zur Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung, dessen Grundzüge in folgendem wiedergegeben werden:

### Kreis der Versicherten

Die Versicherungspflichtgrenze besteht bei einem Arbeitsverdienst von 660 DM im Monat. Angestellte und Arbeiter werden künftig gleichbehandelt (bisher waren Arbeiter unbeschränkt versicherungspflichtig). Für Heimarbeiter, Arbeitslose, Empfänger von Stillelegungsvergütung und Rentner bleibt es im wesentlichen bei den bisherigen Bestimmungen.

Arbeitnehmer, die die Verdienstgrenze überschreiten oder sonst aus der Versicherungspflicht ausscheiden, können sich freiwillig weiterversichern, desgleichen Selbständige, deren Einkommen 660 DM im Monat nicht übersteigt, unter gewissen Bedingungen. Bei einem Jahresverdienst von 15 000 DM erlischt die freiwillige Versicherung, es sei denn, der Versicherte ist zu diesem Zeitpunkt mindestens zehn Jahre in der Pflichtversicherung gewesen.

Die gegliederte Krankenversicherung wird beibehalten, ebenso behält die

Selbstverwaltung im Rahmen des Gesetzes die Möglichkeit, Beiträge und Leistungen festzusetzen.

### Arztrecht

Mit dem Ziel, daß für die Heilung entscheidende Verhältnis zwischen Arzt und Versicherten zu verbessern, sollen folgende Neuerungen auf dem Gebiete des Kassenarztes getroffen werden:

1. Beseitigung der geltenden Zulassungsbegrenzung für Kassenärzte und Kassenzahnärzte. Diese Maßnahme wird ergänzt durch die Bestimmung, daß der junge Kassenarzt im Bedarfsfall für einige Zeit in der Wahl seines Niederlassungsortes beschränkt wird, damit insbesondere ländliche Gebiete ärztlich ausreichend versorgt werden.

2. Einführung einer gerechteren ärztlichen Honorierung. An die Stelle der im allgemeinen üblichen Pauschalhonorierung soll die Honorierung nach Einzelleistungen erfolgen, wobei es den Ärzten und Krankenkassen vorbehalten bleibt, die Höhe der Gebühren durch Vertrag zu vereinbaren.

3. Beibehaltung eines besonderen ärztlichen Dienstes als Gutachter für die Krankenkassen. Im Interesse der Unabhängigkeit soll dieser ärztliche Dienst künftig in Anstalten des öffentlichen Rechtes auf Landesebene organisiert werden.

Die Höhe der Pflegesätze soll künftig zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen vertraglich vereinbart werden.

### Die bestmögliche soziale Sicherung

In der Krankenversicherung wird das Leistungsrecht nach folgenden Gesichtspunkten neu gestaltet:

1. Durch Ausbau, Verbesserung und Modernisierung der Leistungen soll die bestmögliche soziale Sicherung der Versicherten und deren Familienangehöriger im Falle der Krankheit, bei Mutterschaft und Tod erreicht werden.

2. Mit der Einführung einer zumutbaren Selbstbeteiligung der Versicherten soll die Hilfe der Gemeinschaft durch Eigenhilfe der Berechtigten ergänzt werden.

3. Aufgetretene Unzulänglichkeiten des geltenden Rechts sollen korrigiert werden.

### Bessere Leistungen

Die Vorsorgehilfe wird, den modernen medizinischen Erkenntnissen entsprechend, als Pflichtleistung neu eingeführt. Sie umfaßt ärztliche Vorsorgeuntersuchungen für die Versicherten und ihre Familienangehörigen nach Vollendung ihres 40. Lebensjahres, und zwar im Zeitraum von drei Jahren je einmal, dazu zahnärztliche Voruntersuchungen jährlich einmal. Die Voruntersuchungen erstrecken sich auf alle Erkrankungen. Darüber hinaus kann die Selbstverwaltung Vorsorgekuren und Einzelmaßnahmen zur Abwendung von Krankheiten gewähren und Mittel für Zwecke der allgemeinen Krankheitsverhütung verwenden. Vorsorgeuntersuchungen sind auch während der Schwangerschaft vorgesehen.

Der Versicherte hat künftig Rechtsanspruch auf vollen Zahnersatz, wenn er sich regelmäßig den vorgeschriebenen zahnärztlichen Untersuchungen unterzogen hat.

Die Aussteuerung bei Krankenhauspflege und Krankengeld wird beseitigt. Künftig werden im Laufe von jeweils drei Jahren für dieselbe Krankheit Krankenhauspflege und Krankengeld bis zu 78 Wochen gewährt. Auch werden sich die Leistungen der Rentenversicherung künftig lückenlos an die der Krankenversicherung anschließen.

Auf Krankenhauspflege besteht künftig ein Rechtsanspruch, wenn sie erforderlich

Fortsetzung Seite 2

# Krankenversicherungs-Reform

Fortsetzung von Seite 1

ist, um die Krankheit zu erkennen oder zu behandeln.

Bei lang andauernder Krankheit wird das Krankengeld nach Ablauf der sechsten Woche, gestaffelt nach der Zahl der Familienangehörigen in Höhe von 60 bis 75 v. H. des Bruttolohns gewährt.

Das bisherige Hausgeld für die Familien wird so erhöht, daß es nur noch 15 v. H. hinter dem Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit zurückbleibt.

Bei den Sachleistungen werden künftig die Familienangehörigen mit dem Versicherten gleichgestellt.

Der Hausfrau können bei Krankheit oder Mutterschaft Zuschüsse zu den Kosten einer notwendigen Hauspflege gewährt werden.

Das Sterbegeld wird auf mindestens 400 DM im Höchstfalle bis zu 990 DM erhöht.

Bei vorübergehendem Auslandsaufenthalt wird im Krankheitsfalle Kostenersatz gewährt.

## Selbstbeteiligung

Die Selbstbeteiligung soll die Selbstverantwortung der Versicherten gegenüber der Gemeinschaft stärken, ihnen den Wert der Leistungen vor Augen führen und sie damit zur Besonnenheit bei der Inanspruchnahme von Leistungen anhalten. Sie ist angesichts der Leistungsverbesserungen erforderlich, um eine Erhöhung der Beiträge zu vermeiden. Es kann erwartet werden, daß durch die Selbstbeteiligung eine Beitragssenkung möglich wird. Die Selbstbeteiligung bei Krankenhauspflege soll die Einsparungen im Haushalt berücksichtigen.

Für die Selbstbeteiligung sollen folgende Sätze gelten:

Bei der ärztlichen Behandlung haben die Versicherten einheitlich einen Betrag von 1,50 DM für jede in der Gebührenordnung vorgesehene Leistung zu zahlen. Die Beteiligung ist für jeden Behandlungsfall auf sechs Wochen begrenzt. Befreit werden können Versicherte mit einem Einkommen bis zu 200 DM und

## In Abwesenheit verurteilt

Die Sowjetzonenjustiz ist dazu übergegangen, Flüchtlingen aus der Sowjetzone die in Abwesenheit gegen sie ergangenen Urteile mitzuteilen. So erhielt im September 1959 der Besitzer einer Porzellanfabrik, der 1953 mit Familie in die Bundesrepublik geflüchtet war und dessen Betrieb in Staatseigentum überführt war, die Nachricht von einem in Abwesenheit gegen ihn eingeleiteten Wirtschaftsstrafverfahren. Der Pflichtverteidiger teilte ihm jetzt mit, daß er zu fünf Jahren Zuchthaus, seine Frau und sein Sohn zu je zwei Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt wurden. Außerdem wurde auf Vermögensentziehung erkannt wegen „Gefährdung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs“ durch Nichtanmeldung von Wertpapieren.

bei besonderen Härtefällen. Kinder sind im Rahmen der Familienhilfe grundsätzlich befreit.

Für Arznei und Verbandmittel beträgt die Selbstbeteiligung bei Kosten bis zu 5 DM eine DM, darüber für jede angefangene DM 0,10 DM, Höchstbetrag 3 DM. Bei chronischen Krankheiten ist Befreiung vorgesehen.

Bei Krankenhauspflege, Vorsorge- und Genesungskuren sollen die Versicherten, deren Einkommen während des Anstaltsaufenthalts weiterläuft, für jeden Pflegetag 0,5 v. H. ihres Monatseinkommens, mindestens eine DM, höchstens 3,30 DM an das Krankenhaus zahlen. Für Angehörige, für die der Versicherte Familienhilfe erhält, ermäßigt sich die Beteiligung um die Hälfte. In Härtefällen kann Befreiung eintreten.

## Anschluß an die Rente

Zwischen den Leistungen der Krankenversicherung und der Rentenversicherung wird ein nahtloser Übergang hergestellt.

## Anbiederungsversuch

Der SPD-Vorstand Mittelrhein ist nach sowjetzonalen Meldungen von der SED offiziell zu einem Besuch des sächsischen Industriebezirks eingeladen worden. Die Einladung sei von einem Beauftragten der SED-Bezirksleitung dem SPD-Bundestagsabgeordneten Kühn als Vorsitzendem des SPD-Bezirksvorstandes Mittelrhein persönlich übergeben worden. Kühn habe erklärt, daß die Frage in der nächsten Vorstandssitzung behandelt werden solle. Möglicherweise fühlten sich die sächsischen SED-Funktionäre zu ihrer Einladung ermuntert durch die Wertschätzung, die die „Errungenschaften der DDR“ bei der Kölner SPD genießen, wie sich in einem entsprechenden Beschluß auf dem letzten Parteitag der Kölner SPD zeigte.

Eine ähnliche Einladung hatte der hamburgische Bürgerschaftsabgeordnete Albert Berg erhalten, der inzwischen aus der Hamburger SPD ausgeschlossen wurde. Berg tut allerdings so, als hätte er nie etwas von Politik und Methoden der SED gehört. Zu seiner Verteidigung behauptete er, daß er auf einer Kleingärtnertagung in Leipzig von einem Ostberliner Teilnehmer zur Zehn-Jahresfeier eingeladen und für ihn überraschend auf die Ehrentribüne geführt worden sei. Daß er auf der Ehrentribüne erschienen sei, habe mit seiner politischen Einstellung nicht das geringste zu tun. Die Hamburger SPD soll den Ausschluß zweier weiterer Mitglieder erwägen, die gleichfalls an dieser Expedition in die Sowjetzone teilgenommen haben.

## Mit fremden Federn

Die SPD des Unterbezirks Leverkusen pflegt seit einiger Zeit nach der Fertigstellung neuer Siedlungen den Bewohnern einen Brief zu schicken, in dem die Neubauwohnungen als „ein Stück verwirk-

krankengeld wird künftig so lange gezahlt werden, bis die Rente tatsächlich ausgezahlt wird.

Als Karenztage, an denen kein Krankengeld gezahlt wird, gelten künftig der Tag, an dem die Arbeitsunfähigkeit beginnt, und der darauffolgende Werktag. Eine Nachzahlung des Krankengeldes bei Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Wochen soll nicht mehr stattfinden.

Krankengeld wird künftig nicht mehr für Kalendertage, sondern für Werktage und bezahlte Feiertage und in Betrieben mit Fünf-Tage-Woche für Arbeitstage gezahlt werden. Dadurch wird das Krankengeld in ein gerechtes Verhältnis zum Arbeitsentgelt gebracht.

Bei Mutterschaft wird künftig eine einheitliche Leistung nach der Reichsversicherungsordnung gewährt. Folgende Verbesserungen und Änderungen sind vorgesehen:

Das Stillgeld und der einmalige Entbindungskostenbeitrag werden zu einem Pauschbetrag in Höhe von 100 DM zusammengefaßt. Wöchnerinnenheimpflege gilt künftig als Pflichtleistung. Die Vorversicherungszeit bei Mutterschaftsgeld wird entfallen.

lichter sozialdemokratischer Aufbauarbeit“ gepriesen werden. Die CDU-Kreispartei Leverkusen bezeichnet in einem Gegenbrief an die Mieter diese Behauptung als eine an Unverfrorenheit grenzende Geschmacklosigkeit.

Die CDU Leverkusen stellt die Unwahrheit der SPD-Behauptung fest: der soziale Wohnungsbau ist eine Gemeinschaftsleistung von Bund, Land und Gemeinde. Die SPD kann ihn also nicht für sich in Anspruch nehmen. Die Mittel stammen in erster Linie von Bund und Land. Sie standen und stehen zur Verfügung, weil der Bund durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ihre Aufbringung ermöglicht hat.

## Hassel schlägt zurück

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hat gegen die „Frankfurter Rundschau“ eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die der Zeitung untersagt wird, weiterhin zu behaupten, Hassel und Kultusminister Osterloh seien schon vor mehr als drei Monaten von dem Kieler Universitätsprofessor Reinwein unterrichtet worden, daß der als neurologische Obergutachter beschäftigte angebliche Dr. Fritz Sawade mit dem unter Mordverdacht verhafteten Euthanasie-Arzt Prof. Heyde identisch sei. Außerdem hat Hassel gegen den Verfasser des Artikels Strafantrag wegen verleumdender Beleidigung gestellt. Weiterhin stellte der Leiter der Gesundheitsabteilung im Kieler Innenministerium, Ministerialrat Heigl, Strafantrag wegen Verleumdung und übler Nachrede gegen den Verfasser eines weiteren Artikels und gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes. In diesem Artikel war behauptet worden, daß Heigl dem früheren Reichsärztführer Conti nach dem Kriege Unterschlupf gewährt und seit einem Jahr die Identität von Prof. Heyde gekannt habe.

# Der Streit um die Flagge

## Pressestimmen zur Stellungnahme der Bundesregierung

Die eindeutige und entschlossene Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der deutschen Flagge bei den olympischen Spielen des Jahres 1960 hat in der deutschen Presse, auch in solchen Organen, die der CDU nicht nahe stehen, entschiedene Zustimmung gefunden:

„So ist das nun heute in gesamtdeutschen Fragen: Vertreter von hüben und drüben verhandeln lange über Dinge, die selbstverständlich sein sollten. Sie basteln an komplizierten Kompromißlösungen, um aus Schwierigkeiten herauszumanövrieren, die das anmaßende Regime der Zone ertüfelt hat, um Gewinn daraus zu schlagen. Immer wieder spekuliert das Regime darauf, daß wir uns drücken lassen und daß wir um der Gemeinsamkeit mit den Menschen in der Zone willen uns mit dem Regime gemein machen, das unsere Landsleute unter der Knute hält. Es spekuliert darauf, daß wir, die wir unserer Sache sicher und deshalb auch zur Großmut disponiert sind, immer wieder ein kleines, für sich selbst nicht so wichtiges Stückchen nachgeben . . .

Der Einwand der Zonenfunktionäre, man könne ihren Sportlern nicht zumuten, hinter der deutschen Fahne ins olympische Feld einzuziehen, weil diese natürlich auch die Fahne der Bundesrepublik Deutschland ist — dieser Einwand sprach doch wohl für sich. Erstaunlich ist nur, daß die Statthalter der Bolschewiken ihn offen auszusprechen wagen. Eine Zumutung ist schließlich nur der neue Lappen mit Hammer und Zirkel im Ahrenkranz, den man in Pankow erfunden hat.“

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“,  
20. November

Diese Veröffentlichung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wird von der

### Wegenossen

Der „Gasthof zur Schmiede“ in Ronds- hagen (Kreis Herzogtum Lauenburg) wurde als Tagungsort der neugewählten Gemeindevertretung zu einer politisch interessanten Stätte. Die Gemeindevertretung besteht aus vier Vertretern der CDU, zwei Vertretern der SPD und einem Vertreter der rechtsradikalen „Deutschen Reichspartei“ (DRP). Dieser DRP-Vertreter Adolf Siering erklärte, daß er sich der Fraktion der SPD anschließe. Für die SPD erklärte Gemeindevertreter Wilhelm Rothe hingegen ohne jeden Vorbehalt, daß sie dem Eintritt des DRP-Vertreters in ihre Fraktion zustimme. Durch diese neue Bruderschaft wurde der DRP-Vertreter dank der SPD-Hilfe zum ersten stellvertretenden Bürgermeister gewählt. CDU-Vertretern fielen bei der einstimmig erfolgten Wahl die Stelle des Bürgermeisters und seines zweiten Stellvertreters zu.

„Bild-Zeitung“ am 21. November 1959 in Faksimile unter der Überschrift „Das trifft mitten ins Schwarze“ wiedergegeben.

„Wenn man erst einmal damit anfängt, sich vor der Bedrohung durch den Kommunismus neutralisieren zu lassen, während sich die andere Seite mehr und mehr aktiviert, so ist nicht zweifelhaft, wo diese Neutralisierung enden würde. Der neutralisierte Teil Deutschlands, in diesem Fall drei Viertel des deutschen Volkes, würde sehr bald nicht nur seine Fahne, sondern auch seine Freiheit verlieren.“

Der Sport mag nach Kompromissen suchen, die eine Teilnahme Deutschlands an internationalen Ereignissen ermöglichen. Die Politik aber muß an den Satz Otto Grotewohls denken, daß die kommunistische Fahne über ganz Deutschland wehen wird. Auch wenn Deutschland damit, solange es geteilt ist, auf den Olympischen Spielen nicht mehr durch eine gesamtdeutsche Mannschaft vertreten sein sollte.“

„Die Welt“, 23. November

„Die Besorgnis und das Eifern der Bundesregierung, über das notwendige Maß hinaus an die Öffentlichkeit gebracht, kommen nicht von ungefähr. Bonn muß mindestens jene Charakterfestigkeit zeigen, die in Sachen der deutschen Spaltung von den westlichen Verbündeten erwartet wird.“

„Wiesbadener Kurier“, 23. November

„Nunmehr aber ist der Punkt erreicht, wo es nach rückwärts nicht mehr weitergeht, ohne die eigene Flagge einer internationalen Blamage auszusetzen. Die Bundesregierung sagt in der Tat nicht zuviel, wenn sie öffentlich erklären läßt, daß es mit der nationalen Würde unvereinbar ist, unsere Olympiamannschaft mit einer Phantasieflagge aufziehen zu lassen. Denn diese Mannschaft erscheint als eine nationale Repräsentanz, und sie dankt es dem Staat, wenn sie als solche auftreten kann.“

„Kasseler Post“, 21. November

„Die Bundesregierung will es nicht hinnehmen, daß Ulbrichts Leute in Pankow mit der Kreation eines neuen Hoheitszeichens in stande sein sollen, der Bundesrepublik einen als fad empfundenen Kompromiß aufzuzwingen und sie zu hindern, ihre Farben ohne jedes fremde Beiwerk zu zeigen.“

Die Opposition ist gegen diese Stellungnahme der Bundesregierung sogleich mit dem größten Geschütz der Polemik aufgefahren. Die SPD witterte eine Gelegenheit, sich bei der Sportwelt beliebt zu machen, und läßt durch einen Unterführer der publizistischen Prätorianergarde Wehners verkünden, diese Äußerung sei ‚das Dummste, was man machen konnte‘, und sie schädige die Interessen des Sports und den gesamtdeutschen Zusammenhang aufs schwerste.“

„Neue Zürcher Zeitung“, 23. November

## Auf ein Wort

Liebe Freunde,

das Ulbricht-Regime ist ein hartnäckiger Gegner. Wenn es den ganzen Braten nicht in einem Happen verzehren kann, ist es bemüht, Scheibe für Scheibe abzusäbeln. Wir erleben diese Taktik seit Jahren. Das letzte Beispiel war die Einführung von Hammer und Zirkel in das Schwarz-Rot-Gold, das bis dahin auch in der Zone als Fahne gegolten hat. Mit diesem Spalter-symbol hat Pankow seine Salamtaktik auf den Berliner S-Bahnhöfen wie auf den Sportstätten in der Bundesrepublik durchzuführen versucht. Für die Abwehr gibt es kein Schema. Man denke nur daran, daß Hammer und Zirkel auch auf den Briefmarken sein werden, die aus der Zone zu uns kommen, auf den Briefen, die seit der brutalen Ausreisesperre noch das einzige unmittelbare Verbindungsglied zwischen den Menschen des geteilten Deutschland bilden.

Die Bundesrepublik hat diese Gesichtspunkte bei ihrem Vorgehen sorgfältig abgewogen. Die Diskussion um die Fahne der deutschen Olympiamannschaft aber hat eine neue Situation geschaffen: Als einzige freigeählte Regierung spricht die Bundesregierung auch für die unterdrückten 17 Millionen in der Zone. Ihre Zustimmung zur Einfügung der olympischen Ringe in die deutsche Fahne wäre der erste Schritt auf einem Wege, dessen Ende nicht abzusehen ist. Deshalb muß die Bundesregierung unter allen Umständen auf ihren Grundsätzen bestehen.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn die Opposition einer solchen Stellungnahme der Bundesregierung zugestimmt oder sie auch nur zum Anlaß einer sachlichen Diskussion genommen hätte. Wie so oft, wenn es sich um eine Auseinandersetzung mit Pankows Infiltrationsmethoden handelt, sind die oppositionellen Stimmen wieder einmal mit voller Lautstärke gegen die Bundesregierung gerichtet bis zur infamen und für die unterdrückten Millionen in der Zone unerträglichen Gleichsetzung von Bonn und Pankow. Ich zitiere aus einer großen, der SPD nahestehenden Tageszeitung als Kostprobe zwei Sätze: „Das Nationale Olympische Komitee pfeift auf Pankow. Und auf Bonn.“ Und den anderen, schlimmeren: „Der Mahnruf aus Bonn hatte verteuftelt viel Ähnlichkeit mit jenem Befehlston, den die Sportfunktionäre der Zone seit Jahr und Tag zu befolgen gewohnt sind.“ Ich denke das genügt.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Spekulation auf die Unpopularität einer Regierungsentscheidung die oppositionellen Sprecher in einer Schicksalsfrage unserer Politik leitet. Wir meinen, daß es im vorliegenden Fall eine Beleidigung des deutschen Sports ist, so zu spekulieren.

Ihr Konrad Kraske

# Eroberung von innen

## Großangriff des Weltkommunismus auf Latein-Amerika

In unmittelbarer Nachbarschaft des wichtigsten Staates der freien Welt, der USA, liegen Süd- und Mittelamerika, das sogenannte Latein-Amerika. Peking und Moskau glauben, die in den Staaten dieses Gebiets bestehenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Schwierigkeiten für die Zwecke des Weltkommunismus ausnützen zu können und entfalten eine rege Tätigkeit.

In 8 Staaten Latein-Amerikas haben die Kommunisten alle Freiheiten, in 12 Ländern sind sie verboten, arbeiten aber trotzdem. In den 20 lateinamerikanischen Staaten von Mexiko bis Argentinien zählen die legalen oder illegalen kommunistischen Parteien rund 220 000 Mitglieder und einige hunderttausend Mitläufer.

### Hauptquartier Montevideo

Das Hauptquartier für die kommunistische Unterwanderung Latein-Amerikas befindet sich in der Hauptstadt von Uruguay, Montevideo. Die sowjetische Gesandtschaft in Montevideo zählt siebenzig Mitglieder. Das steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung der sowjetisch-uruguayischen Beziehungen. Von hier aus werden 86 „internationale“ und „kulturelle“ Zentren der Kommunisten in ganz Latein-Amerika gesteuert. Es ist aufgefallen, daß in Uruguay mehr kommunistische und kommunistenfreundliche Zeitungen oder Zeitschriften vertrieben (52) werden als in anderen Ländern Latein-Amerikas.

Den Auftrag, kommunistisches Schrifttum in Latein-Amerika zu vertreiben, hat die sowjetische Botschaft in Buenos Aires. Von hier aus werden mehr als 100 Zeitschriften aus dem Ostblock in großen Mengen verteilt. Überhaupt ist die publizistische Aktivität der Kommunisten in Latein-Amerika sehr groß: Sie verfügen außer dem Schriftmaterial aus dem Ostblock über 321 eigene periodische Zeitschriften, allein in Mexiko werden 55 herausgegeben, in Brasilien 52. Es besteht Anlaß zu der Annahme, daß die Publikationen finanziell aus dem Osten unterstützt werden: Allein die Sowjetunion verausgabt für Zwecke der

Propaganda und Infiltration in Südamerika jährlich 100 Millionen Dollar (420 Millionen DM).

Zum sowjetischen Kontakt mit Latein-Amerika gehören auch die Einladungen in den Ostblock. Im Jahre 1958 besuchten 860 Bürger lateinamerikanischer Staaten die Sowjetunion und Osteuropa. Ihre Reisen wurden ganz oder teilweise von den Kommunisten bezahlt. Nur 93 der Besucher waren bekannte Kommunisten. Bei den anderen Reisenden handelte es sich um sorgfältig ausgesuchte Beamte, Gewerkschaftsführer, Schriftsteller, Studenten und Sportler. 356 Besucher aus dem Ostblock hielten sich im vorigen Jahr in Latein-Amerika auf, die Hälfte von ihnen kam als „wissenschaftliche und kulturelle Fachleute“, meist aus der Sowjetunion.

Der Kampf um Latein-Amerika wird keineswegs in erster Linie von Moskau aus geführt. Die Bedeutung des chinesischen Einflusses ist größer. Von den führenden Kommunisten Latein-Amerikas wird die chinesische kommunistische Revolution als „klassisches“ Beispiel und als „zweifelloso zuverlässiger

Kompaß“ bezeichnet. Beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas besteht ein eigenes, gerade neu gegründetes „Institut für südamerikanische Angelegenheiten“. Allein im Juni 1959 kamen Delegationen aus Peru, Kolumbien, Bolivien, Mexiko, Chile sowie eine Abordnung von Studenten aus acht lateinamerikanischen Staaten nach Peking.

### „Haßt Amerika“

Der gesamte Ostblock verstärkt seine Rundfunkpropaganda nach Latein-Amerika erheblich. Radio Peking strahlt für Latein-Amerika wöchentlich 14 Stunden in spanischer Sprache aus, Radio Moskau wöchentlich 28 Stunden sowie 10 1/2 Stunden in portugiesisch. Die osteuropäischen Satellitenstaaten senden weitere 28 Stunden je Woche in Spanisch und 3 1/2 Stunden in Portugiesisch nach Latein-Amerika.

Das Ziel der Infiltration entspricht dem üblichen, in aller Welt angewandten Schema: Unterwanderung der Gewerkschaften und Eroberung von Schlüsselpositionen in ihrer Organisation, Infiltration von Armee und Polizei sowie Unterstützung und Förderung aller Arten von Streiks. In Südamerika kommt es immer häufiger vor, daß die Kommunisten bei von ihnen angezettelten Unruhen und Streiks ohne Bedenken zur Gewalt greifen.

Die Propaganda richtet sich vor allem gegen die USA. Die wichtigsten Parolen im Kampf um Latein-Amerika lauten: „Haßt Amerika!“ — „Kampf dem amerikanischen Großkapital!“ — „Versklavung und Ausbeutung durch den Dollar!“ — „Nationaler Befreiungskampf gegen die Vorherrschaft der USA!“

## Der Kölner „Altenplan“

### CDU-Fraktion: Verstärkte Fürsorge für alte Mitbürger

Die CDU-Fraktion im Kölner Stadtrat hat in der Erkenntnis, daß die Fürsorge für die alten Mitbürger eine der großen kommunalen Aufgaben dieser Zeit sind, einen „Altenplan“ entwickelt und für das kommende Haushaltsjahr die Bereitstellung entsprechender Mittel beantragt.

Der „Altenplan“ geht davon aus, daß gerade den alten Mitbürgern der Stadt in dankbarer Anerkennung ihrer Leistungen in den Jahrzehnten ihrer Wirkkraft und in ehrfürchtiger Achtung vor den Werten des Alters in besonderer Weise Hilfe erhalten müssen. Sie sollen nicht das Gefühl haben, gleichsam in den Altenteil abgeschoben zu sein, sondern vollberechtigt teilhaben am Leben der Stadt und seinen sozialen und kulturellen Möglichkeiten.

Etwa 10 v. H. der Bewohner Kölns sind über 65 Jahre alt; in zehn Jahren werden etwa 15 v. H. der Bürgerschaft dieser Altersstufe angehören.

Der „Altenplan“ der Kölner CDU-Fraktion sieht im einzelnen vor: Beschleunigter Ausbau der städtischen Altersheime und Schaffung eines Hauses für gesellige Zusammenkünfte innerhalb des städtischen Altersheims Riehl; Förderung der Neuschaffung von Altenplätzen und Siechenplätzen in den

Heimen der freien Wohlfahrtspflege, die Beihilfen zur Beschaffung von Rundfunkgeräten, Fernsehgeräten, Krankenfahrstühlen usw. erhalten sollen; Förderung des Baus von Alters-Wohnhäusern in der Nähe von Siedlungen, Spielplätzen, Kirchen und Parkanlagen; Einrichtung von Ruhewinkeln mit Tischen und Bänken in den Park- und Grünanlagen; Sozialbetreuung alter Mitbürger, wobei ein besonderes Schwergewicht auf den Ausbau des Hauspflegedienstes gelegt werden soll; in verstärktem Umfang die Einrichtung von kulturellen Veranstaltungen besonders für die alten Mitbürger, Förderung von alten Nachbarschaftsheimen, Bereitstellung von Mitteln für Alten-Clubs u. ä.; Planung einer besonderen Krankenhaus-Abteilung mit 60 bis 100 Betten zur Behandlung von Altersleiden; Ausdehnung der Erholungsfürsorge auf die älteren Mitbürger.

Die CDU-Fraktion hat beantragt, im Haushaltsplan 1960 insgesamt 5,8 Millionen DM zur Verwirklichung ihrer Vor schläge bereitzustellen.

## KURZ - ABER WICHTIG

Mit Aufbaurdarlehen aus dem Lastenausgleich wurden seit 1953 eine Million Wohnungen gefördert, in welchen 3,3 Millionen Geschädigte untergebracht wurden. 48 v. H. dieser Wohnungen sind Eigentum der Geschädigten geworden.

Der Beitrag jedes Erwerbstätigen in der Bundesrepublik zu den Sozialausgaben ist in den Jahren 1949 bis 1958 von 565 DM auf 1637 DM gestiegen. Von jedem erwerbstätigen Bundesbürger wurden in den letzten zehn Jahren rechnerisch 10 000 DM für diese Zwecke aufgebracht. Insgesamt wurden in den letzten zehn Jahren fast 250 Milliarden DM für Sozialaufwendungen ausgegeben.

# Vom KP-Kursus ins Parlament

## Starke kommunistische Agitation an der Saar

Die kommunistische Tätigkeit an der Saar ist gegenwärtig stärker als in den übrigen Bundesländern. Das mag einerseits auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Umstellungen zurückzuführen sein, die die Kommunisten ausnutzen wollen; andererseits erhält die Untergrund-KP tatkräftige Unterstützung von ihren französischen Genossen. Ein reger Grenzverkehr ist im Gange.

Die Hilfe an Geld und Propagandamaterial aus Elsaß-Lothringen reicht über die KP an der Saar bis Rheinland-Pfalz und Bayern. Die Mittlerrolle nach dem Saargebiet übernimmt die französische Gewerkschaft CGT, an deren kommunistischer Beeinflussung kein Zweifel herrscht. Die Kleinarbeit übernehmen die Grenzgänger im Warndt, die auf deutschem Boden wohnen und auf französischen Gruben arbeiten. Sie haben es nicht allzu schwer, Material über die Grenzen zu schleusen. Das ins Saarland einströmende und weiterbeförderte kommunistische Propagandamaterial wird von zuständigen Stellen auf monatlich eine Güterzuladung geschätzt. Johann Pokarski, 1956 noch Kandidat der KP-Saar bei den Kreisratswahlen im Landkreis Saarbrücken und vor kurzem aus der SPD ausgeschlossen, und die Sektionen der CGT in saarländischen Grenz-dörfern erfüllen ganz präzise Aufträge.

### Tarnorganisation vorgeschoben

Von der „Friedensbewegung Saar“, einer Untergliederung der kommunistisch gelenkten „Weltfriedensbewegung“, in der neben anderen früheren kommunistischen Kandidaten sowohl Tokarski als auch der letzte Verlagsleiter des saarländischen KP-Organs „Neue Zeit“, Leander Bernard, mitwirken, führen die Fäden über die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, den „Demokratischen Frauenbund Saar“ (Landesverband des kommunistisch gelenkten „Weltfrauenbundes“) und die an der Saar noch existierende kommunistische Jugendorganisation FDJ bis in die Volksvertretungen.

Fritz Bäsel und Erich Walch, die beiden „ehemaligen“ Kommunisten im Landtag, sind mitunter Gäste der Tarnorgani-

sationen und halten noch eigene „Wählerversammlungen“, die sogar der saarländische Rundfunk ankündigt. Die Tarnorganisationen und die illegal erscheinende „Neue Zeit“ triumphieren, daß Bäsel und Walch trotz Aberkennung ihrer Mandate durch die Mehrheit des Landtages auf Grund einer Verfügung des Oberverwaltungsgerichts noch im Parlament verbleiben. In den kommunalen Parlamenten sitzen auch noch viele Genossen. Stirbt ein KP-Mandatsträger, dann darf der Listennachfolger nachrücken, auch wenn er gerade von einem Aufenthalt aus der Sowjetzone zurückkehrt wie vor kurzem im Stadtrat Saarlouis.

Kommunistische Funktionäre bemühen sich fieberhaft, Delegationen saarländischer Großbetriebe mit „volkseigenen“ Betrieben in der Zone auszutauschen. Kommunistische Betriebsgruppen bestehen in so gut wie allen Groß- und Mittelbetrieben an der Saar. Vor kurzem fand in der Sowjetzone sogar ein besonderer Lehrgang für saarländische Betriebsangehörige statt. An den Kursen der sowjetzonalen Staatsgewerkschaft FDGB nahmen auch zahlreiche Besucher aus den Reihen des öffentlichen Dienstes an der Saar teil.

Starke Aktivität entwickelt auch der „Bund der Deutschen“, früher „Deutsche Demokratische Union“. Bei einem Verkehrsunfall wurde festgestellt, daß ein Wagen des „Bundes der Deutschen“ größere Mengen der deutschsprachigen französischen KP-Zeitung „L'Humanité d'Alsace et de Lorraine“ mitführte. In der letzten Regierungskrise an der Saar liebten die vereinigten Genossen ihre Maske fallen. Sie forderten eine Regierungskoalition aus FDP/DPS, SPD und den beiden „ehemaligen“ Kommunisten.

Ein „Zentraler Ausschuß der Landbevölkerung gegen atomare Bewaffnung der Bundesrepublik“ hielt in der saarländischen Kreisstadt Merzig die Gründungsversammlung eines Landesverbandes Saar um 21 Uhr. Bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung meldete am gleichen Abend der sowjetzonale sog. „Freiheitssender 904“ die Gründung als erfolgt.

### SDS hat KP-Verbindungen

Zum gleichen Thema gehört ein anderer Vorfall an der Saar: Wie die Westberliner Studentenzeitung „Colloquium“ berichtete, lehnt das Studentenparlament der Universität Saarbrücken auf Antrag des der SPD nahestehenden „Sozialistischen Hochschulbundes“ die Aufnahme des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)“ als lizenzierte Gruppe ab, weil er mit früheren Kommunisten zusammenarbeitete. So seien z. B. Delegierte dieser Gruppe im Wagen eines ehemaligen FDJ-Funktionärs zur Delegiertenversammlung nach Göttingen gefahren.

## Jugendweihe in Welper

In Welper (Ennepe-Ruhr-Kreis, Westfalen) hat die SPD-Fraktion der Gemeindevertretung es schließlich durchgesetzt, daß die dortige evangelische Schule in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt wird. Der der SPD angehörende Amtsdirektor Schaub erklärte, in der Gemeinschaftsschule würden die Kinder verschiedener Religionszugehörigkeit nach den Grundsätzen der christlichen Lehre erzogen, und Lehrer, die dieser Vorschrift nicht nachkämen, machten sich eines Dienstvergehens schuldig.

Dazu erklärte Gemeindevertreter Schafhausen (CDU), daß in den letzten Jahren in Welper Jugendweihen für Schulentlassene der schon bestehenden Gemeinschaftsschule am zweiten Ostertag nach sowjetzonalen Muster veranstaltet worden seien, dazu atheistische Beerdigungen, außerdem bestehe in der Gemeinde eine ausgedehnte Tätigkeit der Freidenker. Es gelte also, äußerst mißtraulich zu sein, besonders im Hinblick auf die ähnlichen Methoden in der Sowjetzone, wo man am Werke sei, alles konfessionelle Leben zu ersticken.

Eine eifrige Vorkämpferin der Gemeinschaftsschule, Frau Kruppke, beschwor zur Verteidigung ihres Plans ausgerechnet den Namen Adolf Hitlers. Dieser habe die Gemeinschaftsschule geschaffen, in der sich die Kinder wohlgefühlt hätten. Es ist nicht bekanntgeworden, ob sich die SPD in Welper gegen die Zitierung eines solchen Kronzeugen für ihren Plan zur Wehr gesetzt hat.

## FRAU und POLITIK

ZEITSCHRIFT  
FÜR POLITISCH INTERESSIERTE FRAUEN

In den letzten Heften

Erleichterung der Adoption  
Wenn „Politik verkauft“ wird  
Natascha lernt das Vaterunser  
Heinrich Lübke —  
ein Mann des Ausgleichs  
Der umstrittene „Stichentscheid“  
Zurück zu Großmutterzeiten?  
Privat bei Frau Lübke  
New look durch Familie Chruschtschow?  
Weshalb gibt es Frauenvereinigungen  
in den Parteien?  
Jugendbüchereien auf dem Lande  
Frauen schrieben an Herrn von Grolman  
Verschleiert auf der Straße zwischen  
Luxus und Elend  
Schüsse, die im Monde liegen  
Lebensmittelgesetz in Gefahr?  
Bummel durch Ost-Berlin  
Adolf Hitler unbekannt

„Frau und Politik“ in neuer Aufmachung, in erweitertem Umfang

„Frau und Politik“ erscheint monatlich einmal zum Vierteljahresabonnement von DM 1,—

Probenummern sind anzufordern beim Frauenreferat der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Nassestraße 2

### In Gladbeck gärt es weiter

Die SPD-Ortsvereine Gladbeck-Mitte II und Gladbeck-Butendorf haben in Entschließungen den SPD-Vorstand aufgefordert, den Ausschluß der 8 Ratsmitglieder (wegen „parteischädigenden Verhaltens“, weil ihre Entscheidung in einigen Fällen mit der der CDU-Fraktion übereinstimmte und im Gegensatz stand zum Willen der radikaleren Genossen in der eigenen Fraktion) nochmals zu überprüfen und dazu auch den Gladbecker Stadtverband der SPD zu hören. In Kreisen der SPD-Mitglieder ist zur Zeit eine Unterschriftensammlung im Gange, die die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Ratsmitglieder unterstützen sollen. Im Rathaus hat sich die „Fraktion unabhängiger Sozialdemokraten“ gebildet und ihre Berücksichtigung bei der Besetzung des Haupt- und des Bauausschusses beantragt. In der Ratssitzung vom 13. November 1959 wurde entsprechend beschlossen.

# Das Ziel: „Kleine Genossen“

## Kinderzeitschriften der Zone ein Mittel zur Gleichschaltung

In der Sowjetzone werden die Kinderzeitschriften von den politisch kontrollierten Staatsverlagen herausgegeben. Jedes dieser Blätter zeigt, mit welcher Skrupellosigkeit daran gearbeitet wird, schon von frühester Kindheit an die Menschen kommunistisch gleichzuschalten.

Folgende Zeitschriften erscheinen: „Fröhlich sein und singen“ („Frösi“), die „Abc-Zeitung“, „Bummi“, „Atze“ und die „Rakete“. Die „Rakete“ ist für technisch interessierte Kinder im Alter von 13 bis 16 Jahren bestimmt. Die „Abc-Zeitung“ soll für die Schüler der 1.—4. Klassen sein, „Atze“ für Leser von 9 Jahren an, „Bummi“ für die Aller kleinsten über 3 Jahren — „Frösi“ ist für „Junge Pioniere“ und Schüler aller Altersstufen gedacht.

### „Atze“ befreit Patrioten

Die Aufgabe der gesamten Kinderpresse ist klar zu erkennen: Unterstützung der kommunistischen „Pionierorganisation“ in der kommunistischen Erziehung. Auch die nichtorganisierten Kinder sollen im Sinne des Kommunismus angesprochen werden. Dabei erlaubt „Atze“ als Zugeständnis sogar die Verwendung von Bildstreifen (Comic Strips). Hier werden Bildergeschichten über „politisch wichtige Themen“ wie die Befreiung von „Patrioten“ aus einem Kerker des Schahs von Persien oder die tollkühne Rettung eines jungen Pioniers durch einen liebenswerten Sowjetsoldaten gezeigt.

Die Zeitschriften werben in kindlich verständlicher Form für die „Selbstverpflichtung“ der Kinder, z. B. zum Maisanbau, zu freiwilliger Erntehilfe, zu frei-

willigem Pflanzen und Roden, zum Sammeln von Altmaterial, Flaschen, Altpapier, Heilkräutern usw.

### Erziehung zur Unterwerfung

Die Redakteure der kommunistischen Kinderzeitschriften arbeiten mit allen möglichen Methoden, um aus Kindern möglichst schnell kleine Genossen zu machen. Die Hauptziele:

1. alle persönlichen Wünsche zu Gunsten „gesellschaftlicher“ (also kommunistischer) Bedürfnisse zurückzustellen,
2. freiwillig und begeistert jede Arbeit leisten, die verlangt wird,
3. den Ertrag solcher Arbeit nicht für sich beanspruchen, sondern dem Staat zur Verfügung stellen,
4. sich jederzeit kontrollieren und von der Partei kritisieren lassen.

Solche Ziele werden mit Wettbewerben erreicht. In den Zeitschriften werden z. B. die 6—10jährigen gefragt: „Wie helfen die Menschen aus eurem Haus unserer Republik? Das schreibt und malt einmal für eure Abc-Petra!“ Die 3—6jährigen werden von „Bummi“ gefragt: „Wie sieht es aus bei euch zu Haus? Welche Arbeiter siehst du gern?“ Die Antworten sollen gemalt werden. 500 Teddybären sind für die besten Zeichnungen zu gewinnen. Sie werden schließlich von „Bummi“ veröffentlicht: typische Kinderzeichnungen — Häuschen, Blumen und Bäume — sind nicht darunter. Statt dessen: Grenzpolizisten und Soldaten, Arbeiter, Bauern.

### Atheismus für die Kleinen

Am raffiniertesten arbeitet die Zeitschrift „Fröhlich sein und singen“ („Frösi“), die über einen Redaktionsstab von 17 Personen verfügt. Jede Ausgabe bringt z. B. ein neues Würfelspiel (Geländespiele und Ähnliches) oder eine Bastelarbeit, mit der bereits auf die polytechnische Erziehung vorbereitet werden soll. So lautet der Bastelauftrag: Bau eines „LandwirtschaftsKarussells“, das ablesen läßt, was man vom Säen, Düngen und Bearbeiten der Felder wissen muß.

„Frösi“ führt seine Leser auch mit Hilfe der Redaktionsgestalt „Mäxchen Pfiffig“ an den Atheismus heran: in regelmäßigen Abständen erlebt Mäxchen Pfiffig Abenteuer mit „Gespenster-Hanne“, der am Schluß des Abenteuers selbstverständlich „die Nase voll hat von Gespenstern und vom Aberglauben“ (d. h. von religiösen Überzeugungen). Geradezu schamlos wird das Interesse der ganz Kleinen an den drolligen Erlebnissen des Teddybärchens „Bummi“ politisch mißbraucht. Das geht soweit, daß z. B. eine Sammlungsaktion der Kinder für die Anschaffung einer Giraffe, der „Bummi-Giraffe“, eingeleitet wurde. Zu diesem

Zweck fuhr „Püppchen Ruth“ angeblich nach Afrika, hatte immer noch nicht genug Geld, so daß die Kinder noch eine 10-Pfennigs-Marke im Brief an die Redaktion schicken mußten...

Schließlich bedankte sich „Bummi“ für das „so lieb gesammelte Geld“ und schickte einen großen Brief mit Bildern aus Afrika. Dort wird dann von den „armen Negern“ erzählt, „die so traurig sind, weil sie keinen 1. Mai feiern dürfen, denn dann werden sie von bösen weißen Polizeisoldaten eingesperrt!“

### „Schundbubi“ und „Fritzchen Fleißig“

In der „Jugenderziehung“ des Kommunismus fehlen selbstverständlich auch nicht Schreckgestalten, wie einst zu Hitlers Zeiten „Kohlenklau“ und die schwarze Gestalt „Feind hört mit“. In der Zone heißt er heute „Schundbubi“, der charakterisiert wird: „Liest viel Westschmöker, hat meist solche Hefte in der Tasche, will tauschen. Geht oft nach West-Berlin und sieht sich dort Schundfilme an. Will auch andere dazu verleiten.“ Der künftige Edelgenosse heißt demgegenüber „Fritzchen Fleißig“, dessen Vorzüge sind: „Bringt seine Freizeit ausschließlich im Pionierverband zu, erfüllt jeden Pionierauftrag sofort, geht Selbstverpflichtungen aller Art mit Begeisterung ein und führt sie aus, lehnt westliche Lektüre, Kleider und Frisuren ab, geht nie in westberliner Filmtheater, ist allezeit wachsam gegenüber Spitzeln.“

### Kinderarbeit als Gesetz

Um der „sozialistischen Entwicklung“ eine Rechtsgrundlage zu geben, wurde der Volkskammer der Entwurf eines Schulgesetzes zugeleitet. Im besonderen soll in diesem Gesetz der sogenannte „polytechnische Werkunterricht“, der auf eine entschädigungslose Ausnutzung der Arbeitskraft Jugendlicher hinausläuft, nunmehr auch gesetzlich fundiert werden. Die neue Schulordnung soll dazu dienen, „die junge Generation zu sozialistischen Menschen zu erziehen“.

### Hausgemeinschaft

In dem SED-Blatt „Sächsische Zeitung“ wurde eine „vorbildliche Hausgemeinschaft“ gelobt, die in der festlich geschmückten Wohnung des Hauswarts namens Pilz das 10-Jahresjubiläum des Sowjetzonenregimes feierlich beging und vor allem den Siebenjahresplan lobte. Gedichtvorträge und Harmonikamusik wurden besonders erwähnt. Gelobt wird auch, daß die Mieter des Hauses Reparaturarbeiten sowie das Streichen von Zäunen und Fenstern selbst ausführen.

### Land für die Bundeswehr

Von den 3221 Hektar, die für die Bundeswehr erworben wurden, wurden nur 9,79 Hektar durch Enteignung beschafft und mit 173 091 DM bezahlt. Für die Verbündeten wurden 35,16 Hektar enteignet und mit mehr als 2,26 Millionen DM bezahlt. Rund ein Drittel des beanspruchten Landes stammt aus der öffentlichen Hand.

### Willy Wolferrmann

Mit dem 31. Dezember tritt der Landesgeschäftsführer der CDU Hessen, Willy Wolferrmann, aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand, 1898 in Frankfurt/Main geboren, trat er nach abgeschlossener Handwerker Ausbildung in den Dienst der Reichsbahn. Bald aber zog ihn die Politik in ihrem Bannkreis. 1919 wurde er Mitglied des Windthorstbundes, 1924 Landesverbandssekretär der Zentrumsparterie Frankfurt. 1930 an das Jugendhaus Düsseldorf berufen, übernahm er die Stelle des Organisationsleiters der katholischen männlichen Jugend, bis das Jugendhaus 1933 aufgelöst wurde.

Wolferrmann gehört zu den Gründern der CDU in Frankfurt und leitete zunächst als ehrenamtlicher Kreisvorsitzender die CDU im Main-Taunus-Kreis. Am 1. April 1946 wurde er Parteisekretär des CDU-Bezirksverbandes; im Sommer 1948 berief ihn der Landesverband der CDU Hessen als Landesgeschäftsführer. An dieser Stelle hat er seither mit Umsicht und großer Erfahrung den Aufbau und die Entwicklung der CDU in Hessen maßgeblich beeinflusst und sich in dieser Tätigkeit große Verdienste um die Union erworben.

# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## 200 Familien siedeln um

Aus den Regierungsbezirken Hannover und Lüneburg sind im September durch die Umsiedlungskommission des Landes Nordrhein-Westfalen 200 heimatvertriebene Familien mit zusammen 700 Menschen für die Umsiedlung nach Nordrhein-Westfalen angeworben worden. Bestimmend für den Wunsch nach Umsiedlung war bei dem Großteil der Antragsteller die Aussicht, in absehbarer Zeit in Nordrhein-Westfalen familiengerecht untergebracht zu werden. Von den zur Umsiedlung aufgeförderten 700 Menschen leben zur Zeit noch 100 in Flüchtlingswohnlagern, über 400 von ihnen besitzen lediglich eine Notwohnung. Auch einer größeren Anzahl älterer und pflegebedürftiger Personen wurde die Möglichkeit gegeben, zu ihren in Nordrhein-Westfalen lebenden Kindern umzusiedeln. Mietbeihilfen werden es auch wirtschaftlich schwachen Umsiedlern ermöglichen, die Mieten für eine familiengerechte Neubaubehausung aufzubringen. Für das Frühjahr ist eine weitere Umsiedlungsaktion geplant. Insgesamt wurden in der Zeit vom 1. April 1949 bis zum 30. Juni 1959 179 424 Menschen aus Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen umgesiedelt.

## Das größte Lager der Welt

Die Stadt Hongkong, die heute ungefähr 3 Millionen Einwohner zählt, wird als das größte Flüchtlingslager der Welt bezeichnet. Eineinhalb Millionen der Einwohnerschaft sind Flüchtlinge aus Rotchina. Sie leben größtenteils in primitiven Verhältnissen, in Kellerlöchern, Höhlen und Elendshütten. Auf jeden Quadratkilometer kommen bei einer Gesamtwohnfläche von 30 Quadratkilometern 100 000 Menschen.

# 50 000 Suchanträge in Moskau

## 30 000 Anträge sind inzwischen bearbeitet

Die Rotkreuzgesellschaften der Bundesrepublik und der Sowjetunion haben ihren vor zweieinhalb Jahren geschlossenen Vertrag über die Sucharbeit nach Verschollenen erweitert. Danach ist es dem Deutschen Roten Kreuz möglich, monatlich 4000 Suchanträge nach Moskau zu schicken.

Insgesamt wurden bisher 50 000 Suchanträge gestellt, von denen in Moskau bereits 30 000 bearbeitet wurden. In 87 v. H. aller Fälle teilte das sowjetische

Rote Kreuz mit, daß der Gesuchte bereits verstorben sei. In den letzten zweieinhalb Jahren konnten auch 43 Volksdeutsche ausfindig gemacht werden, die heute noch in der Sowjetunion leben. Sie hatten in der deutschen Wehrmacht gedient, waren aber, da ihr Geburtsort in der Sowjetunion lag, nach Kriegsende als sowjetische Staatsbürger betrachtet worden. Heute stehen sie mit ihren in Deutschland lebenden Angehörigen wieder in Verbindung.

# „Konstruktive Lösungen“

## Staatssekretär Thedieck zur Oder-Neiße-Frage

Bei der Zehnjahresfeier der oberschlesischen Landsmannschaft nahm Staatssekretär Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen auch zur Frage der Oder-Neiße-Grenze Stellung. Er unterstrich dabei die Tatsache, daß die drei Westmächte mit der Bundesrepublik im Deutschlandvertrag vom 23. Oktober 1954 die endgültige Grenzregelung als Aufgabe eines Friedensvertrages vereinbart haben.

Staatssekretär Thedieck führte u. a. aus: „Die Oder-Neiße-Linie ist ein europäisches Problem, und seine gerechte Lösung ist nur im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit denkbar. Es wäre natürlich höchst unreal, jetzt schon konkret die Möglichkeiten und Forderungen darzulegen — zu einem Zeitpunkt, an dem die Sowjetunion nicht im geringsten bereit ist, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zwischen Werra und Oder zu respektieren. Aber bestimmte Prinzipien und Überlegungen weisen den Weg.

### Geschichte widerlegt Polen?

Zunächst einmal ist hervorzuheben, daß der deutsche Rechtsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße völkerrechtlich eindeutig begründet ist: Annexionen und Vertreibungen sind schwere Verletzungen des Völkerrechts. Die polnische Argumentation mit angeblich historischen Ansprüchen ist leicht mit einem Blick auf die Geschichte der deutschen Ostgebiete zu widerlegen: Zu keiner Zeit waren die deutschen Ostgebiete in ihrer Gesamtheit Bestandteil eines polnischen Staates oder von polnischer Bevölkerung besiedelt.

Man sollte sich vor Augen halten, daß es in Europa keine oder kaum eine Staatsgrenze gibt, die so lange von geschichtlichem Bestand war wie die Grenzen Schlesiens und Ostpreußens gegenüber den östlichen Nachbarn. Erst unserem Jahrhundert blieb es vorbehalten, diese über Jahrhunderte gültigen Grenzen durch Annexion und Bevölkerungsaustreibung in Frage zu stellen.

Dem deutschen Rechtsanspruch steht die polnische Wirklichkeit gegenüber. Wir dürfen es uns nicht zu leicht machen, indem wir diese — um nun das polnische Schlagwort zu benutzen — neue Realität übersehen. Wo bis 1945 über zehn Millionen Deutsche beheimatet waren, leben

jetzt etwas mehr als sieben Millionen Menschen, von denen nur noch ein Zehntel deutscher Volkszugehörigkeit oder Herkunft ist. Diese Entwicklung, das Ausmaß der deutschen Katastrophe von 1945 und wahrlich nicht zuletzt auch die Schuld jener, die im deutschen Namen den Ostraum durch Ausrottung und Unterdrückung fremden Volkstums ordnen wollten — alles dies wird in dem Friedensvertrag sichtbar werden. In dieser Hinsicht sollten wir uns von Illusionen freihalten und nicht wirklichkeitsfremden Wunschbildern nachrennen. Um nicht mißverstanden zu werden, ist es nötig hervorzuheben, daß eine solche Einsicht mit der Preisgabe des Rechtsanspruchs absolut nichts zu tun hat. An den Rechtsansprüchen halten wir bis zu einer gültigen friedensvertraglichen Übereinkunft konsequent fest.

### Kein Diktatfrieden

Daß der Friedensvertrag kein Diktatfrieden sein darf, wie es der sowjetische Entwurf vom 10. Januar 1959 im Sinn hat, ergibt sich aus der gegenwärtigen politischen Konstellation und aus den Erfahrungen mit dem Versailler Vertrag. Wir selbst werden die Entwicklungsmöglichkeiten sorgfältig durchdenken und Alternativlösungen erarbeiten müssen. Nur mit konstruktiven Gedanken, die auch den Lebensrechten und -ansprüchen unserer Nachbarn Rechnung tragen, werden wir uns die Unterstützung und das Wohlwollen der Partner und Signatarmächte eines künftigen Friedensvertrages sichern können.

### „Slask“ bereist die USA

Zur Zeit bereist ein polnisches Gesangs- und Tanzensemble namens „Slask“ (gleich „Schlesien“) die Vereinigten Staaten und will dort mit der Vorführung polnischer Volkslieder und polnischer Volkstänze das schlesische Land repräsentieren. Die polnische Tanzgruppe besuchte u. a. Boston, New York, Montreal und Toronto in Kanada, ferner Rochester, Chicago, Detroit, Milwaukee, San Francisco. Insgesamt tritt die polnische Werbegruppe, die auch Sonderveranstaltungen für die Amerika-Polen gibt, innerhalb von 11 Wochen in 18 Städten mit rund 70 Konzerten auf.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postcheckkonto Köln 365 31. Commerzbank-Bankverein, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# Hagemanns „Kleinigkeiten“

## Der Asta Marburg und seine „gesamtdeutsche Politik“

Die Marburger Studenten hatten in der vergangenen Woche dank der Bemühungen ihres „Allgemeinen Studentenausschusses (AStA)“ die Gelegenheit, einige originelle Ansichten über die Wiedervereinigung und die Innenpolitik zu hören. Zu ihnen sprachen auf Einladung des AStA Prof. Hagemann und der linksradikale SPD-Bundestagsabgeordneter Arno Behrlich.

Prof. Hagemann, der sich selbst bescheiden einen wahren „Gesamtdeutschen“ nannte, ohne diese Ansicht näher zu begründen, benutzte die ihm gebotene Tribüne vor 300 Studenten, um mitsamt der Bundesregierung alle diejenigen, die ihm auf seinem Ulbricht-freundlichen Kurs nicht zu folgen gedenken, zu diffamieren und anzugreifen. Wie dpa meldete, behauptete er, in der Bundesrepublik hätten die ideologischen Vorbereitungen für einen Überfall auf die „DDR“ begonnen. Der Krieg stehe vielleicht kurz bevor. Die Parole „Macht das Tor auf“ bedeute: Macht das Tor auf für die Agenten und die Fünfte Kolonne.

Nach Teilnehmerberichten nannte er den Brief, mit dem Bischof Dibelius eine theologische Diskussion über den Gehorsam gegenüber der Obrigkeit eingeleitet hatte, kurz einen „Aufruf zur Revolution“. Bundeskanzler Adenauer wurde als „Kalter Krieger“ bezeichnet. Hagemann pries Verhandlungen mit Ulbricht mit dem Ziel der von den Sowjets propagierten Konföderation als den einzigen Weg zur Wiedervereinigung. Als Studenten aus dem Zuhörerkreis den ständigen Gebrauch des Wortes „DDR“ beanstandeten, antwortete Hagemann, auf Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten könne er keine Rücksicht nehmen. Er mußte sich allerdings gefallen lassen, daß die Studenten ihn in der Diskussion stellten und ihm die Unwissenschaftlichkeit und Unsachlichkeit seiner Ausführungen entgehen ließen.

Um keinen Deut sachlicher fiel der politische Diskussionsbeitrag aus, den SPD-Bundestagsabgeordneter Behrlich als Bekenner des linksradikalen Marxismus in der nächsten Aussprache lieferte. Behrlich meinte, Bundeskanzler Adenauer sei, von der Macht des Kapitals getrieben, auf die Bundesgenossenschaft rechtsradikaler Kreise angewiesen, weil er sich fürchte, der — wie Behrlich es nannte — demokratischen Arbeiterklasse eine staatsbürgerliche Mitwirkung zuzugestehen.

Nach dem Bericht der „Oberhessischen Presse“, Marburg, setzte Behrlich den Studenten folgende Behauptung vor:

„... mußte er (Behrlich, d. Red.) ... den (fadenscheinigen) Beweis erbringen, daß heute in der Bundesrepublik ‚die verschwunden geglaubten Geister sich gerade dort breit machen, wo der Bundeskanzler sitzt‘. Der Grund dafür sei, daß Bundeskanzler Adenauer, genau wie Bismarck, ein Feind aller demokratischen Lebensformen sei und eine unüberwindbare Abneigung gegen die mitverantwortung der demokratischen Arbeiterklasse habe. Demzufolge sei der Verwaltungsapparat in der Bundesrepublik ‚chemisch frei‘ von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern.“

### Die Reise nach Leipzig

Derlei merkwürdige Reden, die nicht etwa von einer politischen Gruppe an der Universität, sondern offiziell von der gewählten studentischen Selbstverwaltung ermöglicht wurden, mögen die Marburger Studenten nach einigen anderen Vorgängen nicht so sehr überraschen wie die Öffentlichkeit. Denn immerhin hatte die Studentenvertretung derselben Universität, vor allem auf Betreiben ihres „Gesamtdeutschen Referenten“ Horn, vor wenigen Monaten beschlossen, eine offizielle Delegation zu Podiumsgesprächen mit Zonenfunktionären nach Leipzig zu senden. Die Delegation reiste während der Ferien in die Zone, wohlversehen mit bindenden Verhaltensmaßregeln, die eine eingehende Diskussion über bestimmte Themen vor einem größeren Zuhörerkreis gewährleisten sollten. Wie zu erwarten war, hielt sich keiner der sowjetzonalen Gesprächspartner an diese Vereinbarung, so daß die Reise für die Marburger negativ ausging. Es hat den Anschein, als solle in Marburg die „gesamtdeutsche Politik“ nunmehr durch Reden à la Hagemann und Behrlich fortgesetzt werden.

### Die KP-Tarnverbände

Vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Zürich nannte Dr. von Taubinger, ein besonderer Kenner des Kommunismus, den von Moskau gesteuerten Weltbund der Demokratischen Jugend eine „kommunistische Frontorganisation“. Als typisch für diese Organisationen, zu denen Taubinger auch den Weltgewerkschaftsbund, den Weltfriedensrat und andere Tarnverbände zählt, bezeichnete er die Methode, „nicht direkt für den Kommunismus oder die Sowjetunion in Erscheinung zu treten, sondern sich um eine idealistische Fassade zu bemühen und den Rang und Ruf namhafter Persönlichkeiten auszunutzen“.

## Bauer Krägenbrink

Zum ersten Mal hat das sowjetzonale Regime einen Mann ohne Verurteilung und Strafverbüßung wieder freigelassen, der von der gesamten kommunistischen Presse, den höchsten Funktionären, den Rundfunksendern und vom „Neuen Deutschland“ in einer besonderen Artikelserie als „Staatsfeind“, „Revisionist“, „Spalter“ und „Partei-feind“ verunglimpft worden war.

Bauer Krägenbrink aus Rothemühl im Kreis Uckermünde hatte sich in aller Öffentlichkeit in den von der SED einberufenen Bauernversammlungen gegen die Kollektivierung gewandt und das Kolchosensystem scharf kritisiert. Er hatte den Funktionären bittere Wahrheiten gesagt. Er hatte eine Unterschriftensammlung für einen Mitbürger durchgeführt, der unschuldig wegen angeblicher „Wirtschaftsverbrechen“ verhaftet worden war. Er hatte den genossenschaftlichen „Dritten Weg“ für die Landwirtschaft empfohlen. Verhaftung durch den Staatssicherheitsdienst war die vor auszusehende Folge. Doch da begab sich etwas, womit die SED nicht gerechnet hatte. In ungezählten Kollektivierungsversammlungen der SED in den verschiedensten Dörfern wurde immer wieder die Frage gestellt: „Was ist mit Krägenbrink? Warum haltet ihr ihn fest?“ Die Berichte der Agitatoren müssen dementsprechend gewesen sein, denn auch Kolchosbauern, Kolchosleiter und kleinere Funktionäre begannen sich für Krägenbrink einzusetzen.

In einer geschwollenen und gewundenen Erklärung gab der „Stellvertreter des Vorsitzenden des Bezirksrats“ Neubrandenburg bekannt, daß gegen Krägenbrink kein Verfahren eingeleitet werde und daß er aus der Haft entlassen sei. Es handele sich, so hieß es, bei Krägenbrink zwar um einen „ideologischen Gegner, aber nicht um einen ausgesprochenen Feind unseres Staates“. Außerdem war noch vom „humanistischen Charakter“ des SED-Staates die Rede. So konnte durch den allgemeinen Widerstand einmal ein Untertan im Reiche Ulbrichts ungestraft von dem verfassungsmäßigen Recht der freien Meinung Gebrauch machen.

## Aus Ulbrichts Reich

KAFFEEMÜHLE. Statt 10 000 versprochener elektrischer Kaffeemühlen ist vom staatseigenen Werk in Köpenick bisher noch nicht eine einzige geliefert. Die Ostberliner „Neue Zeit“ meint dazu: „Kollektive Arbeit ist sehr gut, aber ein Kollektiv von 100 Werken für die Einzelteile ist wohl doch ein wenig zu groß für eine Kaffeemühle.“

KAPAZITÄT. Ein viertel Jahr lang versucht schon die Motoren-Traktorenstation Kospoda Bereifung für vier stillgelegte Traktoren zu erhalten. Nur ein Traktor ist für 600 Hektar einsatzfähig. „Entschieden zu wenig Kapazität“, klagt die Potsdamer Zeitung „Bauernecho“.

SCHILLER. Zum Schillerjubiläum stellt das „Neue Deutschland“, Zentralorgan der SED, befriedigt fest: „Es gibt heute bereits viele Künstlergruppen, die als Propagandisten der Klassik eine bedeutende gesellschaftliche Tätigkeit entfalten“.

### Flucht in die Freiheit

In der Woche vom 14. November bis zum 20. November sind 2194 Menschen aus der Sowjetzone (in der Vorwoche 2312) in die Bundesrepublik geflohen. Davon waren 407 (427) Allein-stehende bis zu 24 Jahren.